

Notizen

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, der niedersächsische Kultusminister Rolf Wernstedt (SPD), äußerte sich in einem KNA-Interview (13.9.97) zur Bedeutung des Religionsunterrichts. In einer zunehmenden Verunsicherung über Wertmaßstäbe habe der Religionsunterricht heute eine „ganz notwendige Funktion“. Kein anderes Fach thematisiere von sich aus Fragen des Todes, der letzten Gründe, der Unsicherheit des Anfangs und des Endes. Kein anderes Fach könne so viel zur Stabilisierung der Gesamtpersönlichkeit beitragen. Eine bloß naturwissenschaftliche Annäherung könne die Sinnfragen nicht beantworten. Zur Diskussion um das Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) in Brandenburg meinte Wernstedt, vom Inhalt her sei der Ansatz von LER nicht so unvernünftig. Die verfassungsrechtliche Frage sei aber von der inhaltlichen zu unterscheiden.

Der Augsburger Bischof Viktor Dammert hat die „Jugend 2000 in der Diözese Augsburg“ als kirchliche Jugendbewegung anerkannt. Nach Angaben des Bischöflichen Ordinariates habe sich die Jugendbewegung zu den pastoralen Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz und der Diözese Augsburg bekannt. Außerdem habe sie sich verpflichtet, an diözesanen Maßnahmen teilzunehmen und mit allen bestehenden Einrichtungen im Bistum zusammenzuarbeiten. Kirchlich anerkannt war die Bewegung bislang ausschließlich in der Erzdiözese Köln, und zwar seit 1994. Die im Mai gegründete „Jugend 2000 in der Diözese Augsburg“ geht aus der 1990 in der umstrittenen Gebetsstätte Marienfried bei Ulm entstandenen „Jugend 2000 International“ hervor.

Eine äußerst positive Bilanz zogen das Moskauer Patriarchat und der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn nach dessen Rußlandbesuch Ende August, besonders im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Beziehung zwischen katholischer und russisch-orthodoxer Kirche. Schönborn hatte unter anderem die Geistliche Akademie in St. Petersburg und die Theologische Akademie von Sergijew Posad besucht, wobei auch ein verstärkter wissenschaftlich theologischer Austausch vereinbart wurde. In Gesprächen mit Mitgliedern des Heiligen Synod und dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchates

kamen vor allem die Meinungsunterschiede innerhalb der ROK über deren künftigen ökumenischen Kurs zur Sprache. In einem Interview mit der „Wiener Kirchenzeitung“ unterstrich Schönborn, als Katholik könne man sich nur wünschen, daß die ROK mit ihrer großen Tradition an großen geistlichen Gestalten und ihrer durch 70 Jahre Verfolgung durchgetragenen Glaubenstreue in der neuen schwierigen gesellschaftlichen Situation bestehe und erstarke.

Bei der Eröffnung des Jubiläumsjahres zum 900. Geburtstag der heiligen Hildegard von Bingen am 13. September wandte sich der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, dagegen, das Interesse an Hildegard von Bingen nur mit Vermarktung und modisch-esoterischem Interesse erklären zu wollen. Da müsse noch mehr als Motiv und Triebfeder der Begeisterung im Spiel sein. Diese mit Gott und Welt in gleicher Weise vertraute Frau habe überall so etwas wie „kosmische Harmonie“ gesucht, die sie als die wahre Bestimmung des Menschen sehe. Für Hildegard sei die Erde keine „trotzig verschlossene Welt des natürlichen Menschen. Die Erde verkrallt sich nicht in sich selbst, sondern sie lebt im Geben und Nehmen, in der Hingabe und im Empfangen, in der Demut des Geschöpfes und in der Hoffnung auf selige Vollen-dung“.

Die doppelte Herausforderung, die sich der Kirche durch die weltweiten Migrations- und Flüchtlingsströme stellt, betonte Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge am 3. Oktober. Das Schicksal der Migranten und die leidvollen Mißgeschicke der Flüchtlinge müßten in den Gläubigen unweigerlich tiefe Anteilnahme wecken. Sich auf die Seite des illegalen Einwanderers zu stellen, sehe sich die Kirche gleich dem barmherzigen Samariter verpflichtet. Gleichwohl dürfe die Dringlichkeit der Hilfe für die Migranten, die immer zahlreicher Nichtchristen seien, die in Länder christlicher Tradition kämen, „jedoch nicht die Verkündigung der letzten Wirklichkeiten behindern, auf denen die christliche Hoffnung gründet“. Der Einsatz der Kirche dürfe sich nicht auf die Bereitstellung von Strukturen der Aufnahme und Solidarität beschränken.

Die Republik Angola und der Apostolische Stuhl haben am 9. Juli 1997 – 22 Jahre nach dem Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft in dem afrikanischen Land – diplomatische Beziehungen aufgenommen. Am selben Tag empfing der Papst den angolanischen Staatspräsidenten und einstigen marxistischen Befreiungskämpfer José Eduardo dos Santos in Audienz. Im Krieg zwischen der marxistischen Partei MPLA und der rechtsgerichteten Unita waren mehr als 500 000 Menschen getötet und drei Millionen aus ihrer Heimat vertrieben worden. In einer Vatikanerklärung heißt es, die katholische Kirche biete ihre Dienste an, zur Heilung der Wunden des Krieges und zum Aufbau des Vaterlandes in Einheit und Demokratie beizutragen. Am 11. April dieses Jahres hatte sich in Angola eine Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung gebildet.

Als eines der ehrgeizigsten Ziele des Ökumenischen Rates der Kirchen hat dessen Generalsekretär Konrad Raiser die Anfang September in Johannesburg gestartete weltweite Kampagne „Frieden in den Städten“ bezeichnet. Mit dieser auf zwei Jahre angelegten Kampagne, die Bestandteil des ÖRK-Programms zur „Überwindung der Gewalt“ ist, sollen Initiativen gefördert werden, die der Verständigung, dem gesellschaftlichen Aufbau und einem gewaltfreien Zusammenleben dienen. Der erste Schritt der vom ÖRK-Zentralausschuß vor einem Jahr beschlossenen Kampagne (vgl. HK, November 1996, 552 ff.) konzentriert sich auf sieben Städte: Belfast/Nordirland, Colombo/Sri Lanka, Boston/USA, Durban/Südafrika, Kingston/Jamaika, Rio de Janeiro/Brasilien und Suva/Fidschi.

Die Vereinbarung über lutherisch-anglikanische Kirchengemeinschaft in den USA (vgl. HK, September 1997, 470) ist vorerst gescheitert. Das entsprechende „Concordat of Agreement“ verfehlte bei der Generalversammlung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELCA) um sechs Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die amerikanischen Anglikaner hatten ihre Zustimmung zu dem Plan schon vor einigen Monaten erklärt. Die Bedenken auf lutherischer Seite gegen die Vereinbarung, die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zwischen den beiden Kirchen ab 2001 gebracht hätte, galten vor allem den Aussagen über das Bischofsamt.